



## Wichtiger Kurswechsel in der Rechtsprechung

# Mehrarbeitszuschläge bei Teilzeitarbeit

### Das Bundesarbeitsgericht (BAG) schafft endlich Rechtsklarheit:

Mit Urteil vom 19. Dezember 2018 (10 AZR 231/18) entschied das höchste Arbeitsgericht, dass Teilzeitbeschäftigte bereits beim Überschreiten der vereinbarten individuellen Arbeitszeit tarifliche Mehrarbeitszuschläge beanspruchen können.

### Zum Hintergrund:

#### Wie sah die bisherige Rechtslage aus?

Sah ein Tarif- oder Arbeitsvertrag Überstundenzuschläge vor, fielen diese erst an, wenn die Teilzeitkraft mehr als eine reguläre Vollzeitkraft arbeitete.

Ein Teilzeitbeschäftigter erhielt den Zuschlag also nicht bereits beim Überschreiten der von ihm geschuldeten Arbeitszeit, sondern erst ab Überschreitung der Regelarbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten.

Nach dem nun ergangenen Urteil des BAG verletzt die bisherige Regelung das Gebot, Teilzeitbeschäftigte und Vollzeitbeschäftigte gleich zu vergüten, und stellt daher einen Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot dar.

### Rechtliche Klarheit bei Zuschlägen!

Damit schloss sich der Zehnte Senat des BAG der Rechtsauffassung des Sechsten Senats (siehe „GdS spezial“ vom 10. August 2017)

an und gab damit ausdrücklich seine bisher gegenläufige Rechtsprechung auf. Damit ist endlich Klarheit geschaffen worden!

### Was bedeutet das für Teilzeitbeschäftigte in der Sozialversicherung?

Die Entscheidung des BAG ist auch für alle tarifvertraglichen Zuschlagsregelungen in der Sozialversicherung relevant!

Wichtig ist allerdings: Es muss sich um vom Arbeitgeber **angeordnete** Überstunden handeln. Das bloße Überschreiten der vereinbarten Arbeitszeit – etwa im Rahmen einer Gleitzeit – genügt nicht! Kenntnis und Duldung der nicht im Rahmen der regelmäßigen Arbeitszeit erfüllbaren Tätigkeiten durch den Arbeitgeber kann im konkreten Fall gegebenenfalls einer ausdrücklichen Anordnung gleichstehen.

Daher: Überstunden müssen arbeitgeberseitig **angeordnet**, zumindest **geduldet** oder **gebilligt** werden!

Wir raten allen betroffenen Beschäftigten, nicht gezahlte Zuschläge umgehend und bis zu sechs Monate rückwirkend schriftlich geltend zu machen. Den Eingang des Antrags zur Wahrung der tariflichen Ausschlussfristen sollte man sich bestätigen lassen.

# Beitrittserklärung

Bitte einsenden an: GdS-Bundesgeschäftsstelle, Müldorfer Straße 23, 53229 Bonn oder per Fax an: (0228) 9 77 61-46

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur  
GdS – Gewerkschaft der Sozialversicherung.



Frau  Herr

Name | Vorname

Straße

PLZ | Ort

E-Mail (privat)

E-Mail (dienstlich, falls privat nicht vorhanden)

Telefon | Mobil

Beginn der Mitgliedschaft

Geburtsdatum

Status (Arbeitnehmer, DO-Angestellter, Beamter)

Entgelt- | Vergütungs- | Besoldungsgruppe

Arbeitgeber (bitte genaue Beschreibung | Träger)

Regional- | Bezirksdirektion | Haupt- | Bezirksverwaltung | Filiale |  
Verwaltungs- | Geschäftsstelle | Servicecenter | Kundenzentrum

Dienstanschrift

Ich wurde geworben durch

Datum | Unterschrift

Mein GdS-Beitrag beträgt 2,50 Euro, da ich zurzeit  
Auszubildende(r) | Anwärter(in) | Studierende(r) bin.

Auszubildende(r) von \_\_\_\_\_ voraussichtlich bis \_\_\_\_\_

Anwärter(in) von \_\_\_\_\_ voraussichtlich bis \_\_\_\_\_

Studierende(r) von \_\_\_\_\_ voraussichtlich bis \_\_\_\_\_

Mein GdS-Beitrag beträgt \_\_\_\_\_ Euro,  
das sind 0,75 Prozent meiner Bruttobezüge.

Mein GdS-Beitrag richtet sich nach dem Höchstbetrag, da meine  
Bruttobezüge die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen  
Krankenversicherung übersteigen.

Ich beantrage den Partnerbeitrag der GdS, da meine Partnerin | mein  
Partner ebenfalls GdS-Mitglied ist.

Ich ermächtige die GdS bis auf Widerruf, den sich aus meinen jeweili-  
gen Einkünften ergebenden Beitrag per Lastschrift von meinem Konto  
einzuziehen. Mir ist bekannt, dass die GdS den Beitrag nach linearen  
Gehaltserhöhungen prozentual anpasst.

Ich wünsche die Abbuchung  monatlich  quartalsweise

Kreditinstitut

BIC

IBAN

Gläubiger-Identifikationsnummer DE ZZZ 00000 329397

## Sondereinbarung:

Ich bitte, meine Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft

vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

auf die GdS-Leistungen anzurechnen.

Ich bitte, die Beitragszahlung zur GdS bis zum Ablauf der Kündigungsfrist

am \_\_\_\_\_ (bitte genaues Datum) auszusetzen.

Unterschrift